

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

## **Verhandlungen des ... Allgemeinen Landtags des Großherzogtums Oldenburg**

**Staat Oldenburg**

**Oldenburg, [O.], Nachgewiesen Landtag 1.1849 - 33.1916/19**

16. Sitzung 01.09.1849 Protokoll

[urn:nbn:de:gbv:45:1-151036](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-151036)

# Verhandlungen

des ersten allgemeinen

## Landtags für das Großherzogthum Oldenburg.

Oldenburg, am 1. September 1849, im Landtage.

### Sechzehnte Sitzung.

Berathungsgegenstand: Anschluß Oldenburgs an das Berliner Bündniß.

Vorsitzender: **Präsident Rit.**

Das Protocoll über die letzte Sitzung wurde verlesen und für genehmigt erklärt.

Vom Präsidenten wurden folgende Eingänge angezeigt:

- 1) Ein Gesuch des Burchard Schröder, betreffend die Einsicht von Acten über den s. g. Dehardenweg, mit Bezugnahme auf eine dem constituirenden Landtage vorgelegte, vom Bittsteller verfaßte Broschüre; wurde auf Vorschlag des Präsidenten bis weiter zurückgelegt, da nicht erhelle, inwiefern der Landtag hier zuständig sei;
- 2) ein Gesuch der Wittve Sohnreich in Altenhutorf, betreffend Befriedigung einer Forderung wegen Lieferungen an den Annehmer von Arbeiten am Wolfsdeich; wurde gleichfalls, als zur Zuständigkeit des Landtags nicht gehörig, zurückgelegt.

Sodann wurde zur Tagesordnung übergegangen.

Auf der Tagesordnung stand die Berathung über den Anschluß Oldenburgs an das Berliner Bündniß.

Der Berichterstatter Wibel II. verlas zunächst den Bericht des Special-Ausschusses,

s. Anlage 1,

und sodann der Berichterstatter Selckmann II. den Bericht des Central-Ausschusses,

s. Anlage 2.

In der hierauf eröffneten Discussion sprachen sich die Abgeordneten Wibel I., Mölling, v. Lindern, Closter, Bargmann, Lindemann und Böckel für den Antrag des Special-Ausschusses, die Abgeordneten Morell, v. Finckh und v. Thünen gegen denselben aus, imgleichen wurde vom Regierungstische aus der Anschluß durch den Staatsrath Schloifer befürwortet.

Nachdem um 2 Uhr die Sitzung auf einige Stunden vertagt und um 5 Uhr wieder eröffnet war, wurde der

Antrag des Special-Ausschusses ferner befürwortet von den Abgeordneten Wibel II. und Nieberding II. Gegen denselben sprachen die Abgeordneten von Thünen und Pancraß. Von Seiten der Staatsregierung wurde der Antrag derselben durch den Oberst Mosle befürwortet. Nachdem schließlich der Abgeordnete Wibel I. nochmals das Wort genommen, hierauf die Debatte geschlossen worden und sodann der Berichterstatter des Special-Ausschusses, Abg. Wibel II. und der Berichterstatter der Minderheit des Central-Ausschusses, Abg. Mölling, dem Antrage des ersteren Special-Ausschusses, sowie der Abgeordnete Selckmann II., als Berichterstatter des Mehrheitsantrages des Central-Ausschusses, diesem das Wort geredet hatte, wurden die vorliegenden Anträge vom Präsidenten in folgender Reihenfolge zur Abstimmung vorgelegt:

- 1) Der Antrag des Special-Ausschusses, dahin lautend: daß der Landtag in Erwiderung des Antrages der Staatsregierung vom 3. August d. J. erklären möge:

der Anschluß des Großherzogthums Oldenburg an das Berliner Bündniß sei — jedenfalls zur Zeit — weder zulässig, noch durch die Umstände unabweislich geboten, und könne der Landtag deshalb zu dem Seitens der Staatsregierung verhandelten Vertrag mit den königlichen Regierungen von Preußen, Sachsen und Hannover seine Zustimmung nicht ertheilen; und als Vorfrage dazu:

ob in dem Anschlusse an das Berliner Bündniß eine Abänderung des Staatsgrundgesetzes und demnach ein unter die Bestimmungen des Art. 242. des Staatsgrundgesetzes fallender Beschluß liege?

- 2) der Antrag der Mehrheit des Central-Ausschusses, auf Beitritt zum Berliner Bündniß unter Bedingungen;

3) der Antrag der Staatsregierung, auf Zustimmung zu unbedingtem Anschlusse.

Ueber die Hauptanträge wurde vom Abgeordneten Pancraz die namentliche Abstimmung beantragt und fand solche die erforderliche Unterstützung.

Nachdem sich die Versammlung über die erwähnte Vorfrage verneinend entschieden hatte, wurde der Antrag des Specialauschusses mit 21 Stimmen gegen 20 Stimmen angenommen.

Es hatten mit Ja! beantwortet:

die Abgeordneten Luerßen, Wibel I., Bödeker, Clausen, Dannenberg, Niebour, Kloster, Böckel, Bargmann, Büschelberger, Sprenger, v. Lindern, Köfener, Kitz, Huesmann, Nieberding II., Mölling, Böckers, Wibel II., Lindenmann, Tappenbeck.

Mit Nein! hatten geantwortet:

Vorgelesen und genehmigt in der Sitzung vom 3. September.

Zur Beglaubigung:

Kitz. Clausen.

die Abgeordneten Willers, Wöbken, Strodthoff, Morell, Lübben, von Finckh, Strackerjan, Tanzen, Bulling, Alfs, Klavemann, Pancraz, Nieberding I., Selckmann II., Schopen, Konerding, Grote, Selckmann I., v. Thünen (mit dem Bemerkten: „aus den von mir vorhin angegebenen Motiven“), Müller.

Damit fanden die übrigen Anträge ihre Erledigung.

Der Präsident verkündete die nächste Sitzung auf Montag, den 3. September, Vormittags 10 Uhr, und als Tagesordnung:

- 1) Bericht des Budget-Ausschusses, betreffend die Militärconvention mit den Hansestädten;
  - 2) Präsidial-Vorschlag wegen Bestellung eines Ausschusses für die Berathung des in diesen Tagen zu erlassenden Ablösungsgesetzes und der demnächstigen Aussetzung der öffentlichen Sitzungen.
- Schluß der Sitzung: Abends 8 Uhr.

